Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 180. **Donnerstag** den 9. April 1903. **97. Jahrgang.**

Wilhelm I., Bismarck und die Begründung des Reiches.

*. Im neuesten Hefte der „Historischen Zeitschrift" wendet sich der Leipziger Historiker Erich Brandenburg in einer eingehenden Untersuchung gegen das auch von uns schon mehrfach, teils zustimmend, teils abfällig beurteilte Werk „Kaiser Wilhelm I. und die Begründung des Reiches" von Ottokar Lorenz. Brandenburg erkennt bereitwillig an, daß wir aus den von Lorenz neu erschlossenen Quellen — den Tagebüchern der Großherzöge von Baden, Weimar und Oldenburg, den Akten des badischen Ministeriums des Auswärtigen, den Berichten des weimarischen Vertreters im Bundesrate usw. — eine ganze Reihe neuer und wichtiger Tatsachen erfahren haben. Hätte sich Lorenz auf die Mitteilung dieses reichen und vielgestaltigen Materials beschränkt, so wäre ihm nur zu danken gewesen. Lorenz aber habe sich damit nicht begnügt, sondern versucht, auf Grund seiner neuen Quellen eine neue Darstellung der Vorgänge selbst zu geben, und dieser Versuch sei vollständig gescheitert. Was Lorenz aus seinen Quellen vor allem folgert, ist zunächst die Auffassung: die Einräumung einer Sonderstellung an Bayern und die schwache Ausstattung der kaiserlichen Stellung im Reiche sei ein großer, durch Bismarck verschuldeter Fehler gewesen. Gegenüber diesem Standpunkte weist Brandenburg nach, daß Bismarck erreicht hat, was unter den gegebenen Verhältnissen ohne Anwendung direkter oder indirekter Zwangsmittel erreicht werden konnte; solche Zwangsmittel wollte er nicht anwenden, einmal, weil ihre Wirkung höchst unsicher war, sodann, weil das an sich heikle Verhältnis Bayerns zum Reiche dadurch ganz verbittert worden wäre. „Nur ein Unitarier strikter Observanz", meint Brandenburg sehr richtig, „deren es heute wohl nicht viele mehr in Deutschland gibt, kann sein (Bismarcks) Verfahren mißbilligen. Aber das deutsche Volk kann durchaus zufrieden sein, daß in jenen entscheidenden Tagen ein Staatsmann an der Spitze stand, der, bei aller Kühnheit, Voraussicht und Mäßigung genug besaß, um nur das zu erstreben, was Aussicht auf Dauer bot."

Ein weiteres Hauptergebnis der Darstellung von Lorenz besteht in der Ansicht, daß der größte Anteil an der Wiederherstellung des Reiches dem Kaiser Wilhelm I. und den national gesinnten deutschen Fürsten gebühre, während Bismarck eigentlich nur der Vollstrecker der Befehle seines Herrn gewesen sei. In Bezug auf Wilhelm geht Lorenz davon aus, schon 1849 habe der damalige Prinz das deutsche Reich in ähnlicher Form angestrebt, wie es später verwirklicht wurde. Im Gegensatze hierzu beruft sich Brandenburg auf die aktenmäßige Feststellung, daß vor 1866 sowohl Wilhelm, als Bismarck in erster Linie Preußen waren und daß ihnen die Verstärkung der preußischen Großmachtstellung als vornehmstes Ziel galt. Nach Königgrätz habe Wilhelm zweifellos geglaubt, die Suprematie Preußens über ganz Deutschland erreichen zu können, und im Norddeutschen Bunde nur den Kern zu einem größeren Staatsgebäude erblickt. Wenn Lorenz in dieser Beziehung Bismarck anders denken lasse, so sei das falsch; denn Bismarck habe zwischen 1866 und 1870 oft genug privatim und öffentlich ausgesprochen, daß der Bund nur die erste Etappe auf dem Wege zur deutschen Einheit sei. Die Behauptung von Lorenz, auch in den folgenden Jahren sei der König seinem Minister an nationaler Gesinnung weit voraus gewesen, bezeichnet Brandenburg als unbewiesen, führt Lorenz' Irrtümer auf Unkenntnis der Literatur und die Sucht, etwas anders zu behaupten, als bisher angenommen wurde, zurück und beleuchtet die Oberflächlichkeit der Lorenzschen Arbeitsweise, sowie die Unzuverlässigkeit seiner Urteile an der Entstehungsgeschichte des Krieges von 1870/71. Alsdann hebt Brandenburg hervor, daß nach der eigenen Darstellung von Lorenz die entscheidenden Ereignisse (Einleitung der spanischen Thronkandidatur, Abschluß der Verträge mit Süddeutschland und des Friedens mit Frankreich, Entscheidung über den Titel) ausschließlich auf Bismarcks persönliche Tätigkeit zurückzuführen sind.

„König Wilhelms Leistung", schreibt Brandenburg zusammenfassend, „bestand darin, daß er die Rivalitäten und Kämpfe seiner großen und leidenschaftlichen politischen und militärischen Ratgeber auszugleichen, ihr Zusammenwirken zu ermöglichen wußte. Er verstand es, ihnen die Freiheit zu lassen, die sie brauchten, und ihnen da entgegenzutreten, wo diese Freiheit für das Ganze gefährlich zu werden drohte. Auch diese Leistung war bedeutend und unentbehrlich. Gewiß nicht jeder hätte sie vollbringen können. Aber die großen schöpferischen Gedanken, die entscheidenden Antriebe zu den großen Taten dieser großen Zeit, dabei müssen wir, trotz Lorenz, bleiben, gingen von seinen genialen Ratgebern aus, auf politischem Gebiete ausschließlich von Bismarck. Der König erscheint ihm gegenüber als der gewissenhafte, vorsichtige, seiner Verantwortung bewußte Herrscher, der, wo es ihm nötig scheint, dem unbändig und rücksichtslos Vorwärtsdrängenden in die Zügel fällt, der niemals blindlings folgen, sondern sich erst überzeugen lassen will. Bismarck hat bei der Kühnheit seiner Pläne, bei der Eigenwilligkeit seines Wesens, diesen fortwährenden, sanft zurückhaltenden Einfluß, diese ewige Notwendigkeit, auf den König Rücksicht zu nehmen und seine Bedenken zu beseitigen, oft schwer und störend empfunden. Wir dürfen es wohl als einen Segen ansehen, daß einem Bismarck gegenüber ein solcher Einfluß vorhanden war. Darum aber bleibt doch Bismarck der Täter seiner Taten, wenn er sie auch nur unter diesem zügelnden Einflusse und unter der Sanktion seines Königs tun konnte. Nicht durch seine Heldenhaftigkeit, wie Lorenz meint, oder durch überlegene Größe des Geistes und Willens hat Wilhelm I. seine Ratgeber überragt und auch diesen Großen als Mensch und Herrscher tiefe Achtung einzuflößen gewußt, sondern durch die Geradheit und Schlichtheit seines Charakters, durch seine unbestechliche Gerechtigkeitsliebe und Gewissenhaftigkeit, durch die Ritterlichkeit und den Adel seines Wesens. Das hat ja Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen" in schönen und ergreifenden Worten ausgesprochen und hier hätte ihm Lorenz glauben sollen."

Neuwahlen in England?

Ein großes englisches Blatt will aus bester Quelle erfahren haben, daß die Auflösung des Parlaments in wenigen Monaten bevorstünde und daß im Herbst Neuwahlen stattfinden würden.

Falls diese Mitteilung zutrifft, würde dem gegenwärtigen Parlamente noch nicht einmal die Hälfte seiner gesetzmäßigen Lebensdauer beschieden gewesen sein. Da nun bei den letzten allgemeinen Wahlen die konservativ-unionistische Regierung eine über Erwarten große Mehrheit erlangt hat, so muß man anerkennen, daß die Anberaumung von Neuwahlen, nachdem noch nicht die Hälfte der Legislaturperiode verstrichen ist, ein Akt großer Noblesse der Regierung wäre, denn sie begäbe sich freiwillig in die Gefahr, an Stelle einer vorhandenen großen Mehrheit durch ein ungünstiges Votum der Wählerschaft eine geringere Mehrheit zu erlangen, oder gar in die Minderheit zu geraten und abdanken zu müssen.

Diese Gefahr liegt um so näher, als gerade die in den letzten Wochen vollzogenen Ersatzwahlen einen starken „Druck nach links" haben wahrnehmen lassen. Diese Ersatzwahlen haben stattgefunden in Wahlkreisen, die zu den sichersten Sitzen der gegenwärtigen Regierungsmehrheit gehörten. In zweien dieser Wahlkreise hat die Opposition obgesiegt, und zwar nicht nur mit einer kleinen Zufallsmajorität, sondern mit einer sie selbst verblüffenden Mehrheit; den dritten Wahlkreis hat die parlamentarische Majorität behauptet, aber ihr Stimmenplus, das bei den letzten allgemeinen Wahlen noch 2300 betragen hatte, sank auf 1100 herab.

Eine gelegentliche Niederlage hätte an sich nichts zu besagen, denn dergleichen findet bei Ersatzwahlen überall statt, aber zwei schwere Schlappen und eine halbe Niederlage unmittelbar hintereinander, das deutet doch wohl auf eine wesentlich veränderte Stimmung der Wählerschaft hin. Nun scheint die Regierung allerdings zu hoffen, eine der Ursachen der Niederlage ziemlich bald beseitigen zu können. Der Schatzkanzler Ritchie hat im Unterhause erklärt, er hoffe, daß die Lasten der Steuerzahler sich in diesem Jahre vermindern würden. Träfe diese Zusicherung noch vor den Neuwahlen zu, so würden allerdings die Aussichten der Regierung wesentlich gebessert werden, denn es ist unbestreitbar, daß die infolge des südafrikanischen Krieges eingetretene erhebliche Mehrbelastung der Steuerzahler durch allerlei unbequeme und lästige Abgaben einer der Hauptursachen der Verstimmung ist. Aber einmal machen es die großen Neuforderungen für Heer und Marine nicht eben wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit eine Erleichterung der Steuerlast sich bemerklich machen werde, und zweitens hat Herr Ritchie nur eben eine Hoffnung ausgesprochen, die um so verdächtiger ist, als gleichzeitig ein Vorschlag, eine bestimmte lästige Steuer zu beseitigen, von der Regierung nachdrücklich bekämpft, und demgemäß auch vom Parlamente abgelehnt wurde.

Die Regierung scheint aber ihre Hoffnung nicht sowohl auf die Wirkung von Steuerleichterungen zu setzen, als auf die ihr noch während des Boerenkrieges so feindlich gesinnten Iren. Schon bei der Beratung der Heeresforderungen fiel es auf, daß, während verschiedene Anhänger der Regierung scharf mit ihr ins Gericht gingen, die Iren sich passiv verhielten. Bei der Abstimmung enthielten sie sich dann ihrer Stimmen, wodurch der Regierung trotz des Abfalles einer Anzahl von Konservativen und Unionisten eine anständige Mehrheit gesichert wurde. Dieses Wohlwollen der Iren erklärt sich durch das Programm einer wesentlichen Erweiterung der lokalen Selbstverwaltung für Irland, mit dem die Regierung in den Wahlkampf ziehen will.

Es mag wohl sein, daß die Regierung damit die Iren, sowohl auf der grünen Insel selbst, wie die in England lebenden, sich wohlgeneigt macht. Auf der anderen Seite aber wird sie viele Stockengländer, welche die Iren als eine Sklaven-Nation ansehen, gegen sich aufbringen und gerade durch das frische Programm manchen Wahlsitz in England und Schottland verlieren.

Dann kann es sehr leicht kommen, daß die Liberalen zwar nicht die Mehrheit erlangen, die konservativ-unionistische Alliance aber auch nicht, und daß dann die Iren mit ihren Stimmen die Entscheidung in der Hand haben. Es würde dann so werden, wie in den letzten Zeiten des liberalen Ministeriums, und ebenso wie die Liberalen an dem Mangel einer eigenen Mehrheit schließlich zu Grunde gingen, würde es der konservativ-unionistischen Regierung gehen.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. April. (Lehren des Ausstandes in Holland). Der allgemeine Aufstand der in den Verkehrsbetrieben beschäftigten Arbeiter, von dem gegenwärtig Holland und sein Erwerbsleben so schwer heimgesucht wird, hat auch für Deutschland nach verschiedenen Richtungen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Zunächst zeigt sich an einem greifbaren Beispiele, wie verhängnisvolle Störungen im Erwerbsleben eines Volkes herbeigeführt werden können, wenn sozialdemokratisch beherrschten Arbeiterorganisationen die Möglichkeit zu dem Versuche gegeben ist, die Verkehrsmittel in ihre Herrschaft zu bringen. Die Schädigung, die nicht nur der Verkehr, sondern die gesamte Volkswirtschaft Hollands durch den Ausstand in den Verkehrsbetrieben erleidet, enthält nicht nur die bündigste Rechtfertigung für die von der niederländischen Regierung vorgeschlagenen Gesetzesvorschriften gegen den Ausbruch solcher Ausstände, sie beweist auch die Berechtigung der Maßnahmen, welche die Leiter der großen deutschen Verkehrsunternehmungen, wie des Norddeutschen Lloyd und der preußischen Eisenbahnverwaltung, zur Verhütung ähnlicher Störungen des Verkehrs durch das Herandrängen sozialdemokratisch geleiteter Organisationen in ihrer Arbeiterschaft ergriffen haben. Sodann aber springt die Verwandtschaft der holländischen Vorgänge mit der Obstruktionskampagne unserer Sozialdemokratie im Reichstag ins Auge. Die Sozialdemokratie beabsichtigte damals, die Mehrheit der gesetzlichen Vertretung des deutschen Volkes an der Verwirklichung ihres Willens in Bezug auf die Tarifvorlage zu hindern, und zwar nicht bloß indirekt durch planmäßige Verschleppung, sondern auch direkt durch Störung der Verhandlungen. Aehnlich bezweckt auch der Generalausstand der holländischen Verkehrsarbeiter die Gesetzgebung des Landes zu verhindern, die gegen die Wiederholung solcher Ausstände gerichteten Gesetzesvorschläge zu verabschieden. Und zwar liegt es nicht bloß in der Absicht, durch die Lahmlegung des Verkehrs und die damit verbundene Schädigung des Erwerbslebens einen solchen Druck auf die gesetzgebenden Faktoren auszuüben, daß sie von der Verwirklichung des gesetzgeberischen Planes absehen, es ist auch darauf abgesehen, eine Beschlußfassung der Kammern direkt unmöglich zu machen, indem die während der parlamentarischen Pause zumeist außerhalb des Haages befindlichen Abgeordneten durch Unterbrechung des Verkehrs verhindert werden sollen, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in den Kammern zu erscheinen. Wie seiner Zeit die sozialdemokratische Fraktion mit dem Reichstage, so beabsichtigt die streikende Arbeiterschaft in den Niederlanden die verfassungsmäßige Gesetzgebung ihres Landes lahmzulegen und sie zu verhindern, ihre verfassungsmäßigen Funktionen auszuüben. In dem einen wie in dem anderen Falle mißachtet daher die Sozialdemokratie in der gröblichsten Weise die Verfassung ihres Landes und das Recht des gesamten Volkes, sie läßt sich lediglich von dem Bestreben leiten, der Gesamtheit ihren Willen aufzuzwingen. Hier wie dort handelt es sich also darum, unter völliger Nichtachtung von Recht und Gesetz die Gesamtheit des Volkes und seiner Vertretung zu vergewaltigen und die Alleinherrschaft der von der Sozialdemokratie geleiteten Massen vorzubereiten. Bei uns ist der Versuch der Sozialdemokratie, die Geschäftsordnung des Reichstages zur Unterjochung der Mehrheit unter ihren Willen zu mißbrauchen, an der Entschlossenheit der Reichstagsmehrheit kläglich gescheitert. Es wäre aber ein Zeichen unheilbarer Kurzsichtigkeit, anzunehmen, daß der Versuch nicht mit vermehrter Kraft wiederholt werden würde, wenn die Sozialdemokraten aus den bevorstehenden Reichstagswahlen in verstärkter Zahl in den Reichstag einzögen. Was man von einer Verstärkung ihres Einflusses innerhalb und außerhalb der parlamentarischen Körperschaften zu gewärtigen haben würde, zeigen die Vorgänge in Holland in einer auch für das blödeste Auge deutlich erkennbaren Weise. Jene Vorgänge lehren, daß es sich um die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft handelt und daß demzufolge alle Schichten unseres Volkes ein gleiches Lebensinteresse daran haben, zu verhüten, daß die Sozialdemokratie einflußreich und stark genug wird, um die ganze übrige Bevölkerung unter ihren Willen zu zwingen. Gerade die Vorgänge in Holland enthalten daher die dringende Mahnung an alle bürgerlichen Parteien, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen sich gegenwärtig zu halten, daß der gemeinsame Todfeind aller die Sozialdemokratie ist und daß es lediglich ein Gebot der Selbsterhaltung ist, den gemeinsamen Feind mit gemeinsamer Kraft zu bekämpfen.

+ **Berlin,** 8. April. Die konfessionelle Grundlage des Programms der Zentrumspartei wird vom „Bayerischen Kurier" in Abrede gestellt, weil das Programm, das am 21. März 1871 von den Begründern der Zentrumspartei angenommen wurde, nicht die Konfession zur Grundlage hatte. Nun ist es allerdings richtig, daß die damals neu gegründete Partei unter dem Einflusse ihrer führenden Diplomaten in das Programm gerade das nicht aufnahm, was sie eigentlich wollte, was sie nach außen unterschied und im Innern zusammenhielt. Aber damit ist gegen die konfessionelle Grundlage des Zentrumsprogramms gar nichts bewiesen. Um in dieser Beziehung klar zu sehen, muß man der Wahlbewegung gedenken, wie sie dem Zusammentritte des ersten deutschen Reichstages voranging, und des Wahlprogramms, das für die katholischen Wähler damals aufgestellt worden ist. Eine zeitgenössische Quelle, Schulheß' Geschichtskalender auf das Jahr 1871, berichtet über den Gang der klerikalen Wahlbewegung in Norddeutschland: „Als Kandidaten wurden nur Personen aufgestellt, die sich verpflichteten, im Reichstage einer besonderen katholischen Fraktion (der Name für dieselbe ist noch vorbehalten) beizutreten. Selbst solche bisherige Abgeordnete, welche in jeder Beziehung sich als treue Katholiken erwiesen hatten, wurden fallen gelassen, wenn sie diese Verpflichtung nicht eingehen wollten." — Dieser modus procedendi ist offenbar das Ergebnis der Losung gewesen, die von einer Anzahl klerikaler Führer ausgegeben worden war. Enthalten ist die klerikale Losung in einem am 12. Januar 1871 zu Mainz vom Domkapitular Dr. Moufang, vom Domkapitular Dr. Haffner, von Karl Fürst zu Isenburg-Birstein, vom Frhr. Franz v. Wambolt und dem Oberrechnungsrat Baks unterzeichneten Wahlprogramm. Dasselbe fordert von den künftigen Reichstagsabgeordneten: 1) daß sie für die Uebertragung der die Stellung der Kirche regelnden Paragraphen aus der preußischen Landesverfassung in die Reichsverfassung stimmen; 2) daß sie gegen alle beschränkenden Bestimmungen ankämpfen, die bei Aufstellung des Reichsvereinsgesetzes bezüglich der Klöster in Vorschlag gebracht werden könnten; 3) daß sie sich bemühen, der Kirche den ihr gebührenden Einfluß auf Ehe und Schule zu wahren, und daß sie auf alle Fälle gegen Einführung der Civilehe, sowie auch von Kommunal- und Simultanschulen stimmen; 4) daß sie bei etwaiger Beratung der römischen Frage für die Aufrechterhaltung der weltlichen Souveränität des Papstes sich aussprechen. Ueberblickt man diese Forderungen und hält man sich vor Augen, daß der Klerikalismus in Norddeutschland nur solche Kandidaten aufstellte, die sich verpflichteten, im Reichstage einer besonderen katholischen Fraktion beizutreten, so wird man sich über die konfessionelle Grundlage des Zentrumsprogramms nicht im Zweifel sein. Was das Programm der am 21. März 1871 begründeten Zentrumspartei des Reichstages ebenso wie ihr Name verschwieg, wurde sofort durch das parlamentarische Verhalten der neuen Partei offenbar. Der klerikale Entwurf einer Gegenadresse mit seinem Eintreten für die Aufrechterhaltung des Kirchenstaates, und der Zentrumsantrag vom 27. März 1871, die Artikel 12, 15, 27, 28, 29 und 30 der preußischen Verfassungsurkunde als „Grundrechte" der Reichsverfassung einzuverleiben, beweisen unwiderleglich, wie eifrig die neue Partei die Durchführung des Mainzer klerikalen Wahlprogramms vom 12. Januar 1871 sich angelegen sein ließ. Es würde lediglich ein Beweis von Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit gewesen sein, wenn die am 21. März 1871 begründete Partei statt des nichtssagenden Namens „Fraktion des Zentrums", ebenso wie ihre Gesinnungsgenossen im preußischen Abgeordnetenhause vom Jahre 1852, den Namen „katholische Fraktion" angenommen hätte.

□ **Berlin,** 7. April. (Zwecke des polnischen Nationalschatzes und der Nationalliga.) Aus dem in Warschau erscheinenden „Slowo Polskie" übernimmt der Posener „Kuryer Poznanski" die folgenden, auf Grund des 10. Jahresberichtes der Aufsichtskommission aufgestellten Mitteilungen über Bestand und Aufgabe des polnischen Nationalschatzes, der bekanntlich in Rapperswyl im schweizerischen Kanton St. Gallen untergebracht ist. Das „Slowo Polskie" schreibt: „Ende Dezember 1901 besaß der Nationalschatz 222 380 Frcs. Im Jahre 1902 machten die im Nationalmuseum in Rapperswyl eingezahlten Beiträge 1350 Frcs. aus. Ferner gingen ein vom Verbande des polnischen Auswanderertums 11 332 Frcs., von der Pariser Kommission des Schatzes 13 170 Frcs., von dem Hauptkommissar des Nationalschatzes für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 13 840 Frcs. Nach Abzug der Ausgaben schließen die Rechnungen des Schatzes Ende 1902 mit der Summe von 203 192 Frcs. ab. Die Aufsichtskommission hat auf Grund des § 22 des Statuts die aus dem Schatzfonds verfügbare Quote ausschließlich der Nationalliga zuerkannt. Denn das Wachen darüber, daß die Aufklärung der Nation nicht auf Irrwege gerate, das Warnen vor Richtungen, welche die polnische Sache untergraben, das sind Bedürfnisse, die eine Organisation erfordern, welche von keiner Gesellschaftsklasse, von keiner Volksschicht, von keinem Stande, von keinem Bekenntnis und von keiner Doktrin abhängig ist, also eine nationale Organisation mit rein demokratischem Untergrunde, eine Organisation, die auf geradem Wege, ohne Bedingungen zu stellen, dem klar und deutlich vorgesteckten Ziele, der Unabhängigkeit Polens, zustrebt. In diesem Geiste und auf dieser Bahn geht die polnische Nationalliga vor." Angesichts dieser Erklärung, warum keine andere der polnischen Organisationen mit Beihülfen aus dem Nationalschatze bedacht worden ist, ist ein Zweifel über den politischen Charakter und Zweck der polnischen Nationalliga völlig ausgeschlossen, und ebenso wie der Nationalschatz, dessen geheime Fonds sicherlich den oben angeführten Betrag ganz erheblich übersteigen, bestimmt ist, die Mittel zur Unterstützung einer Bewegung herzugeben, deren Endziel die Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Reiches ist, ebenso unterzieht sich die polnische Nationalliga der Aufgabe, die in verschiedenen Ländern ansässigen polnischen Elemente auf politischem Gebiete zu sammeln und zur Aufnahme der Unabhängigkeitsidee der großpolnischen Fanatiker fähig zu machen.

⊙ **Berlin,** 8. April. (Telegramm.) Die Kaiserin unternahm gestern nachmittag eine Spazierfahrt nach dem Schlosse Bellevue. — Gestern abend um 7 Uhr empfing der Kaiser die Meldung des Prinzen Friedrich Karl von Preußen als Leutnant im 1. Garde-Regiment zu Fuß, in Gegenwart des Vaters des Prinzen, des Prinzen Friedrich Leopold, und der direkten Vorgesetzten, des kommandierenden Generals v. Kessel, des General-